

USA – Planung statt »Krisenmanagement«

Im Jänner des vergangenen Jahres setzte der amerikanische Kongreß eine Arbeitsgruppe ein, die im Dezember einen Bericht zu Wachstums- und Entwicklungsstrategien der USA vorlegte.¹ Dieses Dokument verdient aus mehreren Gründen Aufmerksamkeit; einmal, weil es einen ausgezeichnet geschriebenen Beitrag zu diesem Thema darstellt, zweitens, weil es interessante institutionelle Empfehlungen enthält, die in recht unorthodoxer Weise begründet werden, und drittens bietet die Zusammensetzung dafür Gewähr, daß die Meinungsbildung innerhalb der Gruppe auf einer recht breiten Pluralität der Interessen beruht. In diese 20 Mitglieder umfassende Arbeitsgruppe wurden ebenso Gewerkschaftsführer wie Vorstandsdirektoren großer Konzerne, Politiker, Universitätsprofessoren, Vertreter außeruniversitärer Forschungsorganisationen sowie Vertreter einer Bürgerinitiative und einer Konsumentenorganisation berufen, unter anderen der Präsident der Automobilarbeitergewerkschaft, Leonard Woodcock, der Ökonom Wassily Leontief und fünf leitende Funktionäre von Industrie- und Finanzierungsgesellschaften. Prinzipiell sollten sich die Mitglieder bei Abfassung des Berichts nicht auf volle Übereinstimmung in einzelnen Fragen orientieren, so war es möglich, die Analyse und die Empfehlungen pointiert zu formulieren und ihre Aussage-

fähigkeit zu erhalten; abweichende Meinungen einzelner Mitglieder, deren Auffassungen sich nicht mit denen der Mehrheit decken, werden im Anhang zum Bericht wiedergegeben.

Motiv für die Einsetzung dieser Kommission war, dem Bericht gemäß, »das Gefühl wachsender Enttäuschung und Besorgnis im Kongreß — Enttäuschung über die offensichtliche Unfähigkeit der Regierung, die großen Probleme unserer Zeit vorausszusehen und zu bewältigen, und Besorgnis darüber, daß die Position Amerikas in der Welt und die innere Entwicklung dauernden Schaden erleidet, falls es nicht gelingt, dieser Tendenz Einhalt zu gebieten«. Diese Besorgnis spiegle die Gefühle der ganzen Nation wider, die erst in den letzten Jahren damit konfrontiert wurde, daß »wir nicht weiterhin Wasser vergeuden, Öl verschwenden oder Wälder abholzen können«.

Die Regierung habe zwei wichtigen Entwicklungen nicht Rechnung getragen: der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit der einzelnen Länder und der Wandlung der USA von einer reifen Industriegesellschaft in ein neues Stadium industrieller und gesellschaftlicher Entwicklung. Der rasche Konzentrationsprozeß, das Wachstum der internationalen Konzerne und die steigende Auslandsabhängigkeit erschwere zwar die Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung, dennoch sei zur Vermeidung von Fehlentwicklungen die Setzung koordinierter wirtschaftspolitischer Zielsetzungen notwendig. Als Beispiel einer solchen Fehlentwicklung wird die Ölpolitik genannt, »die größtenteils davon bestimmt wurde, was vier große amerikanische Ölgesellschaften taten oder nicht taten, während sie ihren »Aramco-Hut«² aufsetzten«.

1 *Forging America's Future, Strategies for National Growth and Development*, Report of the Advisory Committee on National Growth Policy Processes, vollständig abgedruckt in »Challenge«, Jänner/Februar 1977.

2 Die »Aramco« (Arabian American Oil Co.), als Konsortialgesellschaft für die Erdölförderung in Saudi-Arabien von Exxon, Mobil, Texaco und Standard Oil of California gegründet, übte entscheidenden Einfluß auf die Förder- und Preispolitik von Nahost-Öl aus.

In welchem Ausmaß diese gesellschaftlichen Entwicklungen zu einem Umdenken der Experten verschiedenster Interessengruppen bereits geführt haben, zeigt das Kapitel »Ein amerikanischer Weg zur Planung«. Der Begriff Planung löse bei vielen Amerikanern eine negative Reaktion aus und werde als Bedrohung der Freiheit angesehen. Die Alternative »Planung oder Freiheit« bestehe jedoch nicht, vielmehr gäbe es eine Alternative zwischen ungeplantem Krisenmanagement und demokratischer, weitsichtiger Planung. »Wir glauben, daß in Wirklichkeit auf lange Frist intelligente Planung lästige Eingriffe des Staates in den privaten Bereich vermindern wird . . . Durch entsprechende Voraussicht könnten nach Ansicht des Komitees notwendige Interventionen der Regierung überlegter, zeitgerechter und weniger schwerfällig erfolgen.«

Freilich müßten dabei Gefahren vermieden werden, auf die Vertreter der Planungs-idee bisher zu wenig hingewiesen hätten. Dementsprechend werden vier Bedingungen für den Planungsprozeß aufgestellt: Offenheit des gesamten Planungsprozesses, angemessene Vorkehrungen für öffentliche Diskussion, reguläre Befassung der verantwortlichen demokratischen Gremien mit allen Planungsempfehlungen, adäquate Möglichkeiten für Kontrolle und »response« durch die Öffentlichkeit. »Die sichersten Garanten eines fairen und vernünftigen Verfahrens sind nach Ansicht des Komitees, erstens Offenheit und zweitens Vielfältigkeit der Entscheidungszentren.« Planung solle also nicht einer Stärkung der Zentralgewalt dienen, sondern in den verfassungsmäßig vorgesehenen Institutionen erfolgen. Diese Art von Planung müsse dauernden »Kurskorrekturen« unterworfen werden, daher benötige man Erfolgsmaßstäbe, eine Vielzahl von Stellen (auch private), die Erfolgskontrollen durchführen, und »feedback« von jenen Institutionen, die die Planungsmaßnahmen durchzuführen haben. »Das

Komitee befürwortet keine *geplante* Gesellschaft. Wir verlangen, daß Amerika eine *planende* Gesellschaft wird.«

Ansätze für solche Planungsprozesse seien auf regionaler Basis in den USA, in westeuropäischen Ländern und in Japan vorhanden, die fast ausnahmslos — wie das Komitee feststellt — höhere Wachstumsraten und niedrigere Arbeitslosenraten verzeichnen können als die USA. Dies sei jedoch nicht nur auf diese Ansätze sektoraler oder regionaler Planung zurückzuführen, sondern auch auf den engeren Kontakt, der sich im Planungsprozeß zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor entwickelt habe. Die ehrgeizigen Planungsvorstellungen der Arbeitsgruppe gehen freilich weiter als die bisher erreichten Ansätze: durch verbesserte Information, Einschätzung alternativer Möglichkeiten und Kontrolle soll eine größere Kohärenz staatlicher Politik in bezug auf strategische Ziele erreicht werden.

Für den ausländischen Beobachter weniger interessant sind die institutionellen Schlußfolgerungen, die aus diesen Forderungen gezogen werden. Sie betreffen eine verstärkte Kooperation und Koordinierung der verschiedenen Planungs-, Beratungs- und Kontrollinstanzen, wie beispielsweise des Council of Economic Advisers, des Domestic Council, des Economic Policy Board usw. Die Arbeitsgruppe empfiehlt insbesondere, den »National Growth Policy Board«, dessen Aufgabe die Formulierung und Überwachung strategischer wirtschaftspolitischer Richtlinien ist, aus dem Verfügungsbereich des Präsidenten herauszulösen und eine unabhängige Institution zu schaffen. Präsident und Kongreß wären verpflichtet, zu den mittel- und langfristigen Prognosen und Empfehlungen, die von dieser Kommission veröffentlicht werden, Stellung zu nehmen.

Unorthodoxe Vorschläge werden insbesondere zur Förderung einer erwünschten stärkeren Beteiligung der Öffentlichkeit im wirtschaftspolitischen

Entscheidungsprozeß gemacht. Diese Beteiligung soll in jedem Stadium des Prozesses ermöglicht und durch indirekte Unterstützung finanziell schwächer Interessengruppen erreicht werden. Mitgliedsbeiträge, mit denen der Aufwand für die Teilname solcher Interessengemeinschaften am Entscheidungsprozeß abgedeckt wird, sollten bis zu einer bestimmten Höhe von der Steuer absetzbar sein. Instrumente dieser Mitwirkung sind öffentliche Hearings, die Einsetzung von Beratergruppen, die Veröffentlichung von Vorschlagsentwürfen, wie sie im Rahmen der Umweltschutzgesetzgebung bereits angewendet werden.

Für alle wichtigen Entscheidungen sollten Fallfristen bekanntgegeben werden: »Die Zeit, die für die Beratung mit betroffenen Gruppen verwendet wird, ist der Preis, den wir für eine demokratische Gesellschaft zahlen . . . die Verzögerung wichtiger Entscheidungen könnte jedoch ihren Nutzen mindern und zu einem Anwachsen der Probleme führen, denen sie begegnen sollen.« Die Beratungskomitees sollten grundsätzlich allen betroffenen Gruppen offenstehen und durch einen Stab und durch Informationen seitens der Behörden unterstützt werden.

Das abschließende Kapitel des Berichts behandelt Fragen der Rohstoffpolitik und enthält Empfehlungen zur Ernennung eines Kabinettsmitglieds oder eines Beraters des Präsidenten für »Rohstoffprobleme«, die Erarbeitung klarer Kriterien für den Aufbau, die Erweiterung und Anwendung eines Bevorratungssystems, insbesondere den Aufbau von Getreidevorräten, die zur Preisstabilisierung einzusetzen wären, sowie die Verbesserung des agrar- und ernährungspolitischen Informationssystems. Diese letztgenannten Empfehlungen beziehen sich offenbar auf das große Weizengeschäft mit der Sowjetunion, das dazu geführt habe, daß »russisches Brot aus amerikanischem Weizen hergestellt, der um

die halbe Erde transportiert wurde, nur die Hälfte dessen kostet als heimisches Brot«, wie der Bericht kritisch vermerkt.

Die im Anhang enthaltenen »Minderheitsvoten« einzelner Mitglieder gehen teilweise auf konkrete Feststellungen und Empfehlungen des Berichts ein, so verwahrt sich beispielsweise der Direktor eines Stahlkonzerns, Roger S. Ahlbrandt, gegen die Vorschläge zur direkten Unterstützung von Interessengruppen, die finanziell zu schwach sind, um wirkungsvoll in den Prozeß der Entscheidungsfindung einzugreifen. Der Gouverneur von Wisconsin, Patrick J. Lucey, wieder wendet sich gegen technokratische Tendenzen des Berichts, vor allem gegen die Idee einer unabhängigen »National Growth and Development Commission«. W. Leontief hingegen verzichtet auf solche Vorbehalte, da seiner Meinung nach dieses Dokument einen Kompromiß zwischen Vertretern so verschiedener Gruppen darstelle, »daß mit Recht von einem breiten nationalen Spektrum der Meinungen zur Rolle des Staates in der Aufrechterhaltung des effizienten Funktionierens unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems und in der Förderung seines Wachstums und seiner Entwicklung gesprochen werden könne«.

Tatsächlich scheint dieser Bericht, der einem neugewählten Kongreß und einem neuen Präsidenten vorgelegt wurde, ein radikales Umdenken in der amerikanischen Gesellschaft anzukündigen. Frei von der offiziellen Sprache solcher Berichte (vom »governmental-ese«, wie es der Herausgeber von »Challenge« nennt) werden Ideen der Planung und Partizipation propagiert, die nicht nur für amerikanische Ohren geradezu revolutionär klingen. Bezeichnend scheint vor allem zu sein, daß keiner der Unterzeichneten das System des »free enterprise« gegen die umfassenden Planungsvorstellungen der Berichterstatter verteidigt.